

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jäger.

Nr. 248

Bielefeld-Bethel, Donnerstag, den 23. Oktober 1919.

Jahrgang 1.

Bezugspreis:

Er scheint wöchentlich sechs Mal. — Preis: Bei der Post gebolt
vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten
2.50 Mk.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile über deren Raum 25 Pl., Kellern-
seite 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr.

Wenn man früher Religiöses und Politisch-Soziales zu-
viel vermengt und vermischt hat, so ist jetzt mehr die Ge-
fahr es auseinanderzureißen. Jedem seine rechte Stelle zu
geben, so daß eines das andere fördert, das ist ein Problem,
welches weder in der Theorie noch in der Praxis schon voll-
ständig gelöst ist.

Conrad von Drelli (1846-1912).

Kirche und Sozialdemokratie.

Zur Eröffnung der Landeskirchenversammlung.

Die evangelische Landeskirche Württembergs steht an
einem Wendepunkt. Die seit der Reformation bestehende
Staatskirche ist untergegangen. Die Pfarrer sind nicht mehr
Staatsdiener. Es ist eine bekannte Tatsache, daß trotz
mancher Vorteile, die Kirche von dieser Verbindung viel
Schaden hatte. Der Staat benutzte sie oft für seine Zwecke,
er regierte hinein in ihr inneres Leben, während er selbst
doch längst nicht mehr konfessionell war; vielmehr war die
Kultur längst verweltlicht und die Religion verinnerlicht.
So mußte die Kirche häufig hüben für den Staat, dessen
Dienerin sie war. Sie wurde als „Klassenkirche“ mitver-
antwortlich gemacht für staatliche Maßnahmen. Dadurch
kam sie in Nachteil. Diese Entwicklung ist jetzt zu Ende.
Kirche und Staat sind getrennt. Die Kirche steht auf sich
selbst und hat sich deshalb in den Landestirchswahlen, die
am 1. Juni d. J. auf Grund des allgemeinen gleichen, ge-
heimen und direkten Wahlrechts stattfanden, an das ge-
samte Volk gewandt.

Das war etwas grundsätzlich Neues. Die Kirche legte
damit ihr Schicksal in die Hand aller Kirchengenossen.
Wie stellt sich nun die Arbeiterschaft dazu? Was verlangt
sie von der neuen Volkskirche und was verlangt die Volks-
kirche ihrerseits von der Arbeiterschaft? Wir antworten:
Einerseits muß die Kirche ein anderes Verständnis ge-
winnen für die tieferen Kräfte und Gründe der Arbeiter-
bewegung; andererseits muß die Arbeiterschaft ein anderes
Verständnis gewinnen für den Wert der geistig-seelischen
Kräfte.

Die einzige Waffe der Kirche soll künftig sein die Liebe,
die sich nicht erbittern läßt. Daraus folgt der Grundsatz:
Es darf sich im politischen Kampf keine Partei mehr als
die allein „christliche“ ausgeben. Für die Religion kämpft
man anders als mit politischen Machtmitteln. Wenn Jesus
heute unter uns wandelte, so hätte er gewiß das größte
Verständnis für die Massen, die aus den Niederungen des
wirtschaftlichen und seelischen Elends sich zum Licht empor-
reihen. Die Kirche soll also in politischer Hinsicht neutral
sein. Bemerkenswert sind in dieser Hinsicht die Ausführun-
gen eines führenden preussischen Kirchenmannes, des Kieler
Generalsuperintendenten Dr. Theodor Kahlan, die fol-
gendermaßen lauten: „Jetzt hat alle Verquickung von Kirche
und Politik radikal aufzuhören. Das muß uns allen
leuchtend klar und unverbrüchlich ernst vor der Seele stehen,
daß in der evangelischen Kirche alle politischen Parteien
völlig gleichstehen, auch die Sozialdemokraten. Ihrer wirt-
schaftlich-politischen Stellung widerspricht die Kirche so
wenig wie der konservativen Staatsauffassung oder dem
demokratischen Staatsideal. Das alles geht die Kirche nichts
an. Wäre ich nicht ein alter Mann, würde ich sagen: Ich
hoffe, noch einen Sozialdemokraten des bischöflichen Amtes
in der Kirche walten zu sehen“.

So könnten sich dann beide auf dem gleichen Boden be-
gegnen, Kirche und Arbeiterschaft. Die äußeren Vor-
bedingungen sind vorhanden; ob auch die inneren? Da ist
zu sagen: Die Kirche muß innerlich mehr Verständnis ge-
winnen für die Volksmassen, die sich ihr entfremdet haben.
Sie soll sich ganz anders in ihre Mäße hineinfinden. Wir
nennen nur zwei davon: die Mechanisierung der Arbeit und
das Wohnungselend. Wenn also die Kirche den Arbeitern
mangelndes Interesse an religiösen Dingen vorhält, dann
soll sie zuerst die sozialen und wirtschaftlichen Zustände im
Auge behalten, unter denen viele leben. Es ist unbillig,
den denen, die die notwendigsten äußeren Güter entbehren,

die gleiche Empfänglichkeit für die inneren zu fordern. So
gewiß der Fromme für sich immer wieder über die äußere
Not erhaben ist, so schwer ist es für den Gleichgültigen, die
Not als göttliche Fügung zu betrachten. Darum ist es ein
verschärftes Beginnen, „die Seelen von Menschen zu retten,
die dauernd an kalten Füßen leiden.“

Nun ist es ja richtig, daß die Kirche im Lindern von Not
überaus wertvolle Arbeit geleistet hat; das wird auch von
der Sozialdemokratie anerkannt. Aber sie darf nicht blind
sein gegen die Seele des Volks, das nicht Wohlthätigkeit will,
sondern Gerechtigkeit. Dann wird sie auch praktisch mehr
eingreifen können (zum Beispiel Bodenreform!), sie wird
ferner zum Krieg eine grundsätzlich andere Stellung finden
und für Verständigung arbeiten: übrigens die einzig mög-
liche praktische Politik im heutigen Deutschland. Soweit
von der Kirche.

Nun noch ein Wort nach der anderen Seite. Die Kirche
trägt nicht allein die Schuld. War es immer ein Unrecht,
der Arbeiterschaft Kirchenfeindschaft vorzuwerfen? Gewiß
war ihre Haltung zeitgeschichtlich begreiflich; oft auch be-
dingt durch die Haltung manches Vertreters der Religion.
Aber jetzt ist die Zeit gekommen, wo auch von der Arbeiter-
schaft gefordert werden muß, daß sie ihre Stellung zu den
religiösen und ethischen Werten einer Revision unterzieht.

Wie war es bisher? Es genügt, auf die Stellung vieler
geistiger Führer der Sozialdemokratie hinzuweisen. So ur-
teilt in dem bekannten Buch „Zum inneren Frieden“ ein
Sozialdemokrat: „Auch heute noch werden sich unter hundert
sozialdemokratischen Vorführern kaum zehn finden, die im-
stande sind, über das Christentum aus jenem achtungsvollen
Abstand heraus zu reden, der eben selbst schon ein Stück
Religion ist“ und: „Gegen keinen Satz des Partei-
programms ist so häufig verstoßen worden, wie gegen den
von der Erklärung der Religion zur Privatsache, und alle
feierlichen Berufungen auf das Parteiprogramm machten
begreiflicherweise angesichts der häufigen Verstöße keinen
Eindruck mehr auf den Gegner.“ Es ist deshalb sehr er-
freulich, daß gerade in letzter Zeit mit der Verpönung
religionsgegnereischer Vorurteile mehr und mehr Ernst ge-
macht wurde.

Aber liegen nicht hierfür Weltanschauungsgegensätze zu-
grunde, hier Idealismus, dort der historische Materialis-
mus? Dazu sagen wir: gewiß ist zuzugeben, daß die soziale
und wirtschaftliche Umgebung des Menschen einen sehr
starken Einfluß ausübt auf das Werden und Vergehen des
religiösen Lebens; aber wahre Religion kann nicht restlos
aus der materiellen Umwelt erklärt werden. Vielmehr ist
jetzt die Zeit gekommen, wo auch die Sozialdemokratie er-
kennen muß: die Pflege der geistig-ethischen, auch der reli-
giösen Werte und Kräfte ist eine in sich wertvolle Sache.
Daher Achtung und Interesse gegenüber der Religions-
pflege, die in selbstloser Weise den Menschen Hilfsdienste
leistet zu wahrhaftem Menschentum und echter Lebensfreude!
Sozialisierung ist heute das Glaubenswort; gut, aber es ist
klar, daß eben mit bloßer Umstellung der äußerlichen wirt-
schaftlichen Organisation das Entscheidende nicht getan ist;
die Herzen, die Gewissen, die Willen müssen sozialisiert wer-
den. Wie sagte doch Minister Dr. Lindemann: „Wenn die
Gesellschaft wirklich neu werden soll, brauchen wir neue
Menschen.“ Darum kann der neue Sozialstaat überhaupt
nicht geboren werden, wenn nicht aus dem Geist des
Christentums.

Und endlich. So entschieden wir behaupten, daß es nicht
eine einzige wirtschaftliche Forderung der Sozialdemokratie
gibt, die mit dem Glauben an das Evangelium Jesu un-
vereinbar wäre, so entschieden müssen wir betonen, daß
auch, wenn einmal alle politischen Forderungen des So-
zialismus verwirklicht sein sollten, das Glück und wahre
Freude am Leben noch lange nicht auf der Erde heimisch zu
sein brauchen. Denn die Eigenliebe, der Egoismus können
durch Wirtschaftsreformen allein nicht überwunden werden.
Hier steht das Religiöse ein: unser Herz ist unruhig, bis es
Ruhe findet in Gott. „Unser Herz bei Gott und die Hände
gegen die Hunde, gegen alles Schlechte in der Welt, das ist
das Christentum.“ Darum sollen Volkskirche und Sozial-
demokratie nicht mehr gegeneinander, sondern verständnis-
voll nebeneinander stehen zum Wohl des Ganzen.

Die Kirche erkennt die demokratische Grundstimmung der
Zeit an, indem sie das allgemeine, gleiche, direkte und ge-
heime Wahlrecht allen ihren Gliedern vom 25. Jahr an

verliehen hat. Sie fordert damit auf zur Mitverantwortung.
Sie will eine Verfassung, die vollständig ist und von unten
an sich aufbaut. Sie gibt den Gemeinden das Recht der
Beteiligung an der Pfarrwahl, damit die Pfarrer nicht
mehr dastehen als die kirchlichen Beamten, sondern als die
Träger des Vertrauens des Kirchenvolks. Die Zuständig-
keit der Kirchenbehörde wird verringert und unter öffent-
liche Kontrolle gestellt; darum wird der vom Volk ge-
wählten Landeskirchenversammlung die oberste geist-
gebende Gewalt, auch das Besteuerungsrecht, zugewiesen.
Darum fordern wir die gesamte evangelische Arbeiterschaft
auf; helfe einen Neubau unserer evangelischen Kirche
schaffen, in der ihr, eure Kinder und Frauen euch wohl
fühlt wie in der Heimat! In ihr soll die alte, ewig junge
Botschaft des Evangeliums Jesu von Nazareth wahr und
laut allem Volk verkündigt werden!

Am morgigen Tage, dem 14. Oktober, tritt die im Juni
neugewählte evangelische Landeskirchenversammlung zu-
sammen. Sie hat die Aufgabe, der evangelischen Landes-
kirche eine neue Verfassung zu geben.

Je mehr durch diese Verfassung ermöglicht wird, daß die
frohe Botschaft Jesu im neuen Volksstaat zur Geltung
kommt, um so besser ist es für beide Teile, Kirche und So-
zialdemokratie.

Hans Böcker, Mitglied der Landeskirchenversammlung.

Die Bodenbesitzreform — ein Weg zur Erlösung aus sozialer Not.

Gedanken und Fragen eines Laien über Besteuerung
von Grund und Boden.

(Missionar E. Johansen, 2. St. in Bethel.)

Wie nun? sollen wir sagen: das Unrecht ist nun einmal
geschehen, der Boden, der früher zugestandenemassen Ge-
meindemerk war, ist jetzt zum Eigentum einzelner ge-
worden, jetzt läßt sich nichts mehr machen. Hätten jene
Kreise, die den Gemeindefonds zu verwalten oder zu schenken
hatten, ihre Pflicht erfüllt, so wäre es freilich nie zu den
gegenwärtigen Zuständen gekommen, aber nun ist es ein-
mal geschehen, nun müssen für immer die kommenden Ge-
schlechter diese Last weiter schleppen, die ihnen durch frevel-
haften Leichtsinns oder Gewalttat der Vorfahren aufgebürdet
ist. Wirklich? Wenn der Vater in die Grube gefallen ist,
muß deshalb sein Sohn und Enkel auch hineinstürzen, kann
man nicht die Grube zuwerfen? Kann man nicht gesetzliche
Maßregeln treffen, die dem Verderben ein Halt zusetzen,
kann man nicht Rettungsversuche anstellen, um eine er-
trinkende Menschheit aus dem Wasser zu ziehen. Was kann
denn geschehen, damit der deutsche Boden wieder Eigentum
der Gesamtheit werde, gleichsam eine Gemeindemerk in
neuer Form?

Soll man den Boden als Staatseigentum in der Weise
behandeln, daß die Rechtsmittel der gegenwärtigen Inhaber
beseitigt oder aufgehoben würden, um die Boden-Aus-
nutzung zu sozialisieren d. h. auf Rechnung des Staats er-
folgen zu lassen? Es würde von bodenloser Torheit zeugen,
wenn man solchen Versuch machen wollte. Wer hätte ein
Interesse daran, die Produktion zu fördern, wenn er keinen
seiner Arbeitsleistung entsprechenden Gewinn hätte, sondern
seinen festen Gehalt bezöge, ob der Boden viel oder wenig
trüge. Nein, solche Sozialisierung wäre unzweifelhaft der
Ruin der Landwirtschaft.

Oder soll man den Boden enteignen, den Großgrundbesitz
beseitigen und das ganze Land wieder zu Gemeindefonds
machen und dann nur in kleinen Rentengütern in Erbpacht
ausgeben. Auch das ist unmöglich aus vielen Gründen, es
hat sich herausgestellt, daß wir schon für die Volksernährung
landwirtschaftliche Großbetriebe nicht entbehren können.

Nun, was für eine Möglichkeit der Wiedergutmachung
bleibt dann (überhaupt) noch übrig? Es kommt offenbar
darauf an, daß große, gewaltsame Änderungen vermieden
aber doch die eigentlichen Ziele erreicht werden, nämlich die
Ziele, der Gesamtheit den vollen ihr zukommenden Anteil
an dem Ertrag des deutschen Bodens zu sichern, dem Einzel-
nen es zu erleichtern, sich eine Heimstätte zu gründen, den
Boden billiger werden zu lassen und damit die ganze

*) Aus der „Schwäbischen Tagwacht“, dem Organ der
Sozialdemokraten Württembergs.

Lebenshaltung des Volkes zu erleichtern, so daß die beständige Forderung der Lohnerhöhung mit Recht abgewiesen werden kann. Die einzige Maßregel, um ohne gewaltsame Umwälzungen dieses gewaltige Resultat zu erreichen, scheint eine entsprechend hohe Grundsteuer zu sein unter gleichzeitiger Verminderung respektive Befreiung der Einkommensteuer für alle die, welche sich vom Boden nähren. Denn die durch solche Grundsteuer aufgebracht Gelder kämen der Gesamtheit zugute. Die Gesamtheit wäre damit in der Tat der Besitzer und die gegenwärtigen Inhaber wären das, was sie sein dürfen, Erbpächter oder Nutznießer für sich und ihre Nachkommen, solange sie die Steuer für den Grund und Boden bezahlen.

Was für Grundstücke und Richtlinien sind für eine gerechte Besteuerung aufzustellen?

Eine große Spannung liegt auf unserm Volk. Was wird besteuert werden. Immer wenn von Besteuerungsplänen in der Zeitung berichtet wird, lese ich mit Anteilnahme den Abschnitt, aber jedesmal bin ich enttäuscht. Man bekommt nie den Eindruck, als ob die Leute, die diese Pläne aufstellen, für die Besteuerung allgemein einleuchtende Grundfälle hätten und auch dem Laien verständliche Richtlinien befolgten. Die Steuer ist doch das, was der Einzelne, der Gesamtheit und ihrer Vertretung, der Regierung, zahlt für das, was er der Gesamtheit verdankt. Wenn nun der deutsche Boden mit seinen Schätzen dem deutschen Volk gehört, so wäre doch keine Steuer so sehr angebracht als eine entsprechende Grundsteuer für jeden, der in Stadt und Land deutschen Boden bebaut oder benutzt, je nach dem Wert, den der Boden tatsächlich beim Kaufen und Verkaufen hat. Da nun beständig der deutsche Boden im Wert steigt, so sollte nach dem gemeinen Menschenverstand die Steuer für den Grund und Boden in Stadt und Land, in erster Linie für Aufbringung von Geldmitteln in Betracht kommen und entsprechend dem Steigen des Bodenpreises gesteigert werden. Aber wie staunt der einfältige Laie, wenn er die Landleute fragt: „Sagt einmal, wie viel Grundsteuer gebt ihr für eure schönen Höfe und Güter?“ und oft die Antwort erhält: „Wir bezahlen tatsächlich überhaupt keine Grundsteuer. Es ist wohl abgeschafft, wie hoch unsere Grundsteuer sein sollte, aber nur zu theoretischen Zwecken. Grundsteuer zahlen wir nicht.“ Das ist mir sowohl in Holstein als auch in Pommern gesagt worden. Es mag ja sein, daß es in andern Provinzen anders ist, aber auf dem Land spielt der Ertrag der Grundsteuer auf keinen Fall die Rolle, die man erwarten sollte. Und daselbst gilt wohl von den Städten. Wie hoch ist der Wert städtischer Grundstücke, man sollte annehmen, es fände überall eine Besteuerung der Grundstücke nach dem gemeinen Wert statt d. h. nach dem Wert des Grundstücks im Handel, nicht nach dem meist viel geringeren Nutzungswert. Der Boden ist nicht vermehrbar wie eine Ware, sondern in beschränktem Maß vorhanden, daher ist die Nachfrage nach Boden immer stärker, je mehr sich ein Volk entwickelt, sein Wert steigt beständig, die Bodenbesitzer sind in ihrer Gesamtheit gleichsam Inhaber eines Monopols, denn alle Welt ist auf sie angewiesen. Nun aber hört man immer, daß Monopole die besten Steuerquellen seien, um so berechtigter ist es, solch Monopol als Steuerquelle zu benutzen, wenn der Mensch selber zu seinem Vorhandensein nichts beigetragen hat. — Dazu käme noch die Leichtigkeit, mit der man gerade den Ertrag einer Bodensteuer beaufichtigen könnte. Der Boden kann nicht verheimlicht, nicht ins Ausland geschickt werden, wie die großen Kapitalien und Papiervermögen. Der Mensch wird vor der Versuchung bewahrt, falsche Angaben über sein Vermögen zu machen, sein Gewissen zu belästigen, die Gesamtheit zu betrügen. Wäre das nicht ein ungeheurer Gewinn für die Volksmoral? Und wie einfach wäre das ganze Verfahren, der Steuererhebung, wenn gar keine Nachforschungen angestellt zu werden brauchten; wie leicht ließe sich der Wert der Grundstücke feststellen, der Besitzer könnte ihn ja selber einschätzen zu dem Preis, zu dem er ihn auch zu verkaufen bereit ist.

Die Leidensstage der ungarischen Christen unter der Kommunistenherrschaft.

Aus Ungarn kommen jetzt die ersten Nachrichten über die Gewalttätigkeiten, die die Kirche in Ungarn von seiten der kommunistischen Regierung über sich ergehen lassen mußte. Der „Kölnische Volkszeitung“ wird darüber von ihrem Korrespondenten ein zusammenfassender Bericht gegeben, dem wir folgende Einzelheiten entnehmen:

Kommunismus und Religion, zwei Lebensanschauungen, die sich wie Feuer und Wasser gegenüberstehen. Das hat sich mit erschreckender Deutlichkeit auch in Ungarn während der nun hinter uns liegenden Schreckenszeit gezeigt. Das ganze Kirchenvermögen wurde zunächst beschlagnahmt und kommuniziert. Alle Klöster wurden aufgehoben, die Klosterfrauen und Ordensleute binnen 24 Stunden ausgewiesen, wenn sie nicht unterschrieben, daß sie sich den Anordnungen der Sowjet-Regierung fügen und sich nicht mehr als kirchliche Personen betrachten würden. Zuerst und am meisten wurden wie immer bei derartigen Anlässen die Jesuiten verjagt und verfolgt. Mehr als 100 katholische Geistliche wurden ins Gefängnis geworfen, davon mehr als ein Dutzend getötet. Mehrere katholische Geistliche sind gekreuzigt worden, zwei zusammengebunden und zum Verhungern verurteilt, 20—30 so hingeschlachtet worden. Die Geistlichen wurden, wenn sie sich in ihrem Priestergewande auf der Straße zeigten, geprügelt, die Nonnen von Straße zu Straße, von Haus zu Haus gejagt. Selbstverständlich wurde den Geistlichen jedes Gefühl gesperrt, sie mußten von den Almosen der Gläubigen leben. Da zeigte sich die Opferwilligkeit, sie hatten jetzt mehr wie früher. Alle Theologieprofessoren mußten ihren Glauben verleugnen oder gehen. Aber in ganz Ungarn konnte der Kommunismus keine 20, in der großen Diözese nur 3 Verräter am Priesteramt gewinnen. Als die Kommunistenherrschaft begann, erhielt der Volksbeauftragte für kirchliche Angelegenheiten Befehl, daß die Religion und der Kirchendienst sofort aufhören müßten.

Warum zahlt denn eigentlich der Landwirt keine Grundsteuer? Da heißt es: er zahlt ja Einkommensteuer. Doch ist es ganz klar, daß es viel schwieriger ist, das Einkommen eines Landwirts richtig und gerecht abzuschätzen als das eines Beamten oder auch das eines Kaufmanns, dessen Bücher genau geführt sind. Denn neben dem zahlenmäßigen Einkommen aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Produkte gewinnt der Landwirt doch seinen Lebensunterhalt aus dem Boden. Es müßte doch dieser Lebensunterhalt zu den Preisen angerechnet werden, wie der Städter sie dem Landwirt zahlt, also jetzt jedes Ei doch mit 70 Pfg. usw., und so müßte dieses Einkommen, das im Lebensunterhalt besteht, entsprechend den Preisen, die der Landwirt nimmt, besteuert werden. Wie viel Gelegenheit gibt also eine derartige Einkommensteuer zur Hinterziehung von Steuerbeträgen, zu Betrug. Wie unendlich viel einfacher und gerechter würde es sein, weder Einkommensteuer noch Grundsteuer zu erheben, sondern nur eine einzige entsprechend hohe Grundsteuer für alle die, welche aus dem Boden ihren Unterhalt und Einnahmen erwerben.

(Schluß folgt.)

Die Friedensmöglichkeiten im Kriege.

Verhandlungsbeginn im Untersuchungsausschuß.

Der zweite Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Vorgänge vor und während des Krieges ist am Dienstag zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Dieser Untersuchungsausschuß hat die Aufgabe, durch die Erhebung aller Beweise festzustellen, welche Möglichkeiten sich im Verlaufe des Krieges geboten haben, zu Friedensbesprechungen zu gelangen und ob solche Möglichkeiten ohne die sorgfältige Sorgfalt behandelt worden sind. Vor politischen Persönlichkeiten waren der frühere Reichsminister v. Bethmann-Hollweg sowie sein früherer Stellvertreter Dr. Helfferich erschienen. Am Montag hatte der frühere Votschaffer von Washington Graf Bernstorff Platz genommen. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Warmuth (Dnalt.), eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er zunächst die Aufgaben des Ausschusses darlegte und dann an die Presse den Appell richtete, mit ihrem Urteil über das Verhandlungsergebnis zurückzuhalten, bis die Beweisaufnahme über jeden Zeitpunkt vollkommen erschöpft ist. Der Untersuchungsausschuß habe nur Tatsachen festzustellen, aber keine Schlussurteile abzugeben. Ein Urteil zu fällen, insofern sich Material für eine bestimmte Persönlichkeit ergibt, wird lediglich Sache des Staatsgerichtshofes sein.

Hierauf erfolgte die Vereidigung der Sachverständigen. Anschließend erstattete Abg. Dr. Singheim (Soz.) den Bericht zur Wilsonschen Friedensaktion. Von Bedeutung sind die Mitteilungen über die Periode zwischen dem 4. Mai 1916 und dem 12. September desselben Jahres.

Am 4. Mai 1916 hat, wie bekannt, die deutsche Regierung die Erklärung abgegeben, den U-Bootkrieg den Neutralen gegenüber als Kreuzerrieg zu führen, in der Erwartung, daß Präsident Wilson seinerseits England veranlassen würde, von der völkerrechtswidrigen Blockade Deutschlands abzugehen. In dieser Zeit entwickelte sich die Vorbereitung zu einer bestimmten Friedensaktion des Präsidenten Wilson.

In den Instruktionen der Reichsregierung an unseren Votschaffer in Washington wird nach einigem Schwanken, das insbesondere in einer Instruktion des damaligen Staatssekretärs von Jagow zum Ausdruck kommt, der Votschaffer in Washington beauftragt, einen Friedensappell des Präsidenten Wilson herbeizuführen. Die Hauptinstruktion geht zurück auf eine genaue Unterredung mit dem damaligen Kaiser, der die Instruktionen an den Votschaffer besonders genehmigt und darauf bezügliche Verhandlungen persönlich unterzeichnet hat.

Aber nur acht Tage lang bestand dieser Befehl. Als man am Freitagnamstage unter den Teilnehmern an der Prozession ein Blutbad anrichtete, kehrten sich selbst die sozialdemokratischen Arbeiter und vor allem deren Frauen gegen diesen Kommunismusterlaß. Böh da ab griffen sie direkt nicht mehr in die Gottesdienste ein, aber indirekt umso gefährlicher. Jede Predigt wurde überwacht und wehe dem Geistlichen, der ein Wort gegen die Kommunistenherrschaft sprach. Die Zahl der Priester, die wegen einer geringfügigen Äußerung in einer Predigt verhaftet, drei bis vier Monate in den verschiedenen Kerker eingesperrt wurden und bei jedem neuen Verhör aufs neue gemartert wurden, ist noch nicht bestimmt nachgewiesen, weil die Verbindungen infolge der Befestigungen noch nicht hergestellt sind. Allenmäßig festgestellt ist erst die Hinrichtung von 30 Geistlichen. Es sind aber tatsächlich viel mehr. Ein alter Pfarrer hatte seinen Gläubigen eine ruhige theologische Auseinandersetzung geboten, daß der Kommunismus gegen die zehn Gebote verstoße. Sofort nach der Predigt wurde der weihenhaarige Priester gefangen genommen und kurzerhand inmitten der Gemeinde aufgehängt. Ein anderer Pfarrer war wegen seiner christlich-sozialen Tätigkeit schon unter dem Karoln-System den Sozialdemokraten sehr verhaßt. Als der Kommunismus ausbrach, versuchten die Sozialdemokraten unter verschiedenen Vorwänden, des Geistlichen habhaft zu werden. Schließlich beschuldigten sie ihn, er habe Gegenrevolutionäre in den Kirchturm hinaufgelassen. Daß dies nicht wahr war, konnte jederzeit festgestellt werden. Aber ohne Verhör wurde er gefangen genommen, auf einen Misthaufen gestellt und niedergeschossen. Erst nach längerem Bitten und Verhandeln durften die Leute ihren Pfarrer beerdigen. — Ein anderes Opfer war ein Pfarrer in Duvamocz. Als die Rotgardisten im Mai seinen Pfarrort eroberten, war das Dorf bereits im Besitz der Tschechen gewesen. Oft hatte der Pfarrer während der Befestigung der Tschechen sich gegen den Kommunismus geäußert. Bei der Eroberung wurde er gefangen genommen, nach einer halben

Die Anweisung an den Votschaffer, einen Friedensappell des Präsidenten Wilson herbeizuführen, wird dann später dringlich wiederholt in mehreren Instruktionen an den Grafen Bernstorff. Es wird sogar seitens des damaligen Reichskanzlers die Anregung gegeben, daß, wenn der Präsident Wilson zugere, man ihn doch bestimmen möge, an den König von Spanien und andere neutrale Mächte einen solchen Friedensappell ergehen zu lassen. Herr Graf Bernstorff hat seinerseits berichtet, daß Präsident Wilson bereit sei, einen Frieden zu vermitteln.

Graf Bernstorff über die Friedensangebote Wilsons.

Nachdem Dr. Singheim sein Referat beendet hatte, wurde in die Vernehmung des Grafen Bernstorff eingetreten. Ein Augenblick dramatischer Spannung tritt ein, als Graf Bernstorff darlegen will, daß die von Wilson beabsichtigte Friedensaktion vom 12. Dezember 1916 durch die deutsche Friedenssaktion vereitelt wurde.

Die Amerikaner hätten immer auf dem Standbunt gestanden, eine Friedensvermittlung könne nur gelingen in einem Augenblick, wo Deutschland stark sei, infolgedessen habe er immer wieder Einfluß üben müssen darauf, daß bei uns weder in der Presse noch von der Regierung irgendwie vom Frieden gesprochen wurde, denn sonst würde immer eine Wilsonsche Friedensvermittlung gestört werden.

Am 22. November wurde mit dem Hinweis „Ganz geheim!“ eine Instruktion an Graf Bernstorff gelangt, in der ihm mitgeteilt wurde, daß die deutsche Regierung daran denke, Friedensschritte einzuleiten. Der Votschaffer dürfe aber mit niemandem darüber sprechen.

Der Votschaffer hat die Instruktion „Ganz geheim!“ so verstanden, daß er mit niemand über die deutsche Absicht reden dürfe. So ergab sich die Konstellation, daß er vor dem 12. Dezember über den beabsichtigten deutschen Friedensschritt mit dem Obersten House nicht sprechen durfte, während nach dem 12. Dezember Wilson durch die Durchkreuzung und Erschwerung seiner Friedenspläne erblitzte und deshalb ein Zurückkommen auf Deutschlands Absicht antunlich war.

Abg. Singheim sagt noch einmal das Ergebnis zusammen und fragt hierauf den Grafen Bernstorff: „Haben Sie die Instruktionen in dem Sinne aufgefaßt, daß Sie den Präsidenten Wilson oder Oberst House ermuntern oder beeinflussen sollten, eine Friedenssaktion zu unseren Gunsten zu unternehmen?“

Graf Bernstorff: Ja. (Bewegung.)

Abg. Dr. Singheim: War Wilson bereit, diesen Währungsrechnung zu tragen?

Graf Bernstorff: Ja.

Abg. Dr. Singheim: War innerhalb dieses Rahmens, der Ihnen gesteckt war, Wilson bereit, auf eine Friedenskonferenz mit internationaler Grundlage einzugehen, auch ohne konkrete Friedensvorschlüsse unsererseits?

Graf Bernstorff: Ja. (Bewegung.)

Darauf wurde die Vernehmung abgebrochen.

Reichsnotopfer und Entente.

Der Reichsfinanzminister befreit ein Zugriffsrecht der Alliierten.

In weiten Kreisen ist die Ansicht und Befürchtung verbreitet, daß die Entente auf das Ergebnis des Reichsnotopfers Anspruch erheben und den Ertrag auf die Wiedergutmachungssumme anrechnen werde. Aus diesem Grunde hat sich der Reichsbürgerrat an das Reichsfinanzministerium gewandt mit der Bitte, um Anpaß welche Bürgschaften dafür bestehen, daß der Ertrag des Reichsnotopfers unter keinen Umständen von der Entente in Anspruch genommen werden kann.

In seiner Antwort verweist Reichsfinanzminister Erzberger auf seine vor der Nationalversammlung in Weimar abgegebene Erklärung, daß nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages der Entente ein Zugriffsrecht auf den Ertrag des Reichsnotopfers nicht zukommt. Allerdings muß der Minister zugeben, daß auf den ersten Blick einzelne Bestimmungen des Friedensvertrages zu der entgegengesetzten Auffassung führen könnten. Diese Bestimmungen dürfen jedoch

Stunde ans Donauser geführt und aufgehängt. Weil bei Strid zu kurz war, wurde er mit einer Kette verlängert. Erst auf vieles Bitten seiner Pfarrkinder konnte auch dieser Märtyrer bestattet werden. Er war besonders seelenfertig und wird von den Leuten wie ein Heiliger verehrt. — Der Pfarrer und Kaplan von Zarhara-Jend wurde ohne jedes Verhör in Anwesenheit seiner Mutter niedergeschossen, weil er einmal in einer Predigt gegen die Kommunisten gesprochen hatte. Seine alte Mutter wurde ob der furchtbaren Tat wahnsinnig. Solcher Fälle gibt es wenigstens 30. Besonders mußten die Domberrn von Kalocza leiden. Sie wurden schrecklich mißhandelt und nach Budapest geschleppt. Zwei andere wurden blutig geschlagen, weil sie früher der Tisza'schen Partei angehört hatten. Halb tot ließ man sie liegen. Sämtliche Bischöfe wurden aus ihren Palästen ausgewiesen. Der Fürstprimas Czernoch hatte trotz seines Alters sich keinen Augenblick gescheut, während der Proletarier-Diktatur in Budapest zu erscheinen, eine Woche lang die Firmung auszuteilen und seinen Gläubigen zu predigen. Weil man ihm alle Pferde und Wagen, auch sein Auto weggenommen hatte, mußte der Greis den Weg zur Kathedrale jeden Tag zu Fuß zurücklegen. Sein Palais in Ofen war ihm beschlagnahmt worden. Obwohl alle Argumente gegen den Fürstprimas hinfielen, schickte ihm die Regierung wiederholt Untersuchungskommissionen mit neuen Drohungen. Einmal kamen nachts 200 Soldaten ins Palais und verlangten unter Drohungen für 200 Personen Essen und Trinken, und zwar müßte es von den Domberrn selber aufgetragen werden. Nur unter dem Vorwand, daß die Geistlichen dafür zu ungeschickt seien und alles verschütten würden, war es möglich, die Wüteriche von diesem Vorhaben abzubringen. Zur Gefangennahme der Kirchenfürsten kam es nicht, weil der Primas unter dem Schutze des internationalen Rechts stand. Die italienische Kommission hatte der Kommunisten-Regierung von Anfang an erklärt, daß sie die Gefangennahme des Kardinals nicht dulden werde. (Schluß folgt.)

so heißt es in den... Nach... der gesamten... Ergebnisse... und sein... Annahmen... über das... so lange... seinen... In diese... durch... politischen... Bedingungen... überlegen... Mächte... in die deut... nen und... Es kontr... seinen... Herpst... 1926 sind... grenzt... bei einer... gänzlich... werden. Die... eine Gesund... fügen Reich... es dürfte... jenseit die... geplanten... Entwurf des...

Der Ra...

Geschehen...

Endlich... der gemein... herer mit... entgegenzut... ist hauptsächl... auführen, die... gierung in W... Bei der... Reichsfinanz... dere die Fra... Greistreibere... ert worden... en u. a.: B... blen Wohlst... zur bestmöglic... der Ausfuhr... grenzen De... Murechter... für alle zur... solange nicht... und Nachfrag... der Rehen: V... ren der Land... gewerblichen... Fordarkeit... Wenehen mit... Erwerbslosen... Auf dem... verlanat: Ein... Budgetbeläup... Lämpfung nac... nstieren: Aus... denben Tätigk... gleitung der... beit: organisat... auf dem Gebie... segung zu tur... Es wurde... daß der Frei... Kollisionswe... men noch sch... den soll. Ein... Reichsfinanz... Besondere... ren Einfuhr... Hauptaufgaben... erste wirtsch... erfordert un... ren Zustände... der der Reich... Start, die Re... ten zusammen... die besetzten... bedarf für die... aber die Lan... pflicht zu erfi... bänder zu Ri...

Der Ra...

Geschehen...

Endlich... der gemein... herer mit... entgegenzut... ist hauptsächl... auführen, die... gierung in W... Bei der... Reichsfinanz... dere die Fra... Greistreibere... ert worden... en u. a.: B... blen Wohlst... zur bestmöglic... der Ausfuhr... grenzen De... Murechter... für alle zur... solange nicht... und Nachfrag... der Rehen: V... ren der Land... gewerblichen... Fordarkeit... Wenehen mit... Erwerbslosen... Auf dem... verlanat: Ein... Budgetbeläup... Lämpfung nac... nstieren: Aus... denben Tätigk... gleitung der... beit: organisat... auf dem Gebie... segung zu tur... Es wurde... daß der Frei... Kollisionswe... men noch sch... den soll. Ein... Reichsfinanz... Besondere... ren Einfuhr... Hauptaufgaben... erste wirtsch... erfordert un... ren Zustände... der der Reich... Start, die Re... ten zusammen... die besetzten... bedarf für die... aber die Lan... pflicht zu erfi... bänder zu Ri...

Der Ra...

Geschehen...

Endlich... der gemein... herer mit... entgegenzut... ist hauptsächl... auführen, die... gierung in W... Bei der... Reichsfinanz... dere die Fra... Greistreibere... ert worden... en u. a.: B... blen Wohlst... zur bestmöglic... der Ausfuhr... grenzen De... Murechter... für alle zur... solange nicht... und Nachfrag... der Rehen: V... ren der Land... gewerblichen... Fordarkeit... Wenehen mit... Erwerbslosen... Auf dem... verlanat: Ein... Budgetbeläup... Lämpfung nac... nstieren: Aus... denben Tätigk... gleitung der... beit: organisat... auf dem Gebie... segung zu tur... Es wurde... daß der Frei... Kollisionswe... men noch sch... den soll. Ein... Reichsfinanz... Besondere... ren Einfuhr... Hauptaufgaben... erste wirtsch... erfordert un... ren Zustände... der der Reich... Start, die Re... ten zusammen... die besetzten... bedarf für die... aber die Lan... pflicht zu erfi... bänder zu Ri...

Der Ra...

Geschehen...

Endlich... der gemein... herer mit... entgegenzut... ist hauptsächl... auführen, die... gierung in W... Bei der... Reichsfinanz... dere die Fra... Greistreibere... ert worden... en u. a.: B... blen Wohlst... zur bestmöglic... der Ausfuhr... grenzen De... Murechter... für alle zur... solange nicht... und Nachfrag... der Rehen: V... ren der Land... gewerblichen... Fordarkeit... Wenehen mit... Erwerbslosen... Auf dem... verlanat: Ein... Budgetbeläup... Lämpfung nac... nstieren: Aus... denben Tätigk... gleitung der... beit: organisat... auf dem Gebie... segung zu tur... Es wurde... daß der Frei... Kollisionswe... men noch sch... den soll. Ein... Reichsfinanz... Besondere... ren Einfuhr... Hauptaufgaben... erste wirtsch... erfordert un... ren Zustände... der der Reich... Start, die Re... ten zusammen... die besetzten... bedarf für die... aber die Lan... pflicht zu erfi... bänder zu Ri...

Der Ra...

Geschehen...

Endlich... der gemein... herer mit... entgegenzut... ist hauptsächl... auführen, die... gierung in W... Bei der... Reichsfinanz... dere die Fra... Greistreibere... ert worden... en u. a.: B... blen Wohlst... zur bestmöglic... der Ausfuhr... grenzen De... Murechter... für alle zur... solange nicht... und Nachfrag... der Rehen: V... ren der Land... gewerblichen... Fordarkeit... Wenehen mit... Erwerbslosen... Auf dem... verlanat: Ein... Budgetbeläup... Lämpfung nac... nstieren: Aus... denben Tätigk... gleitung der... beit: organisat... auf dem Gebie... segung zu tur... Es wurde... daß der Frei... Kollisionswe... men noch sch... den soll. Ein... Reichsfinanz... Besondere... ren Einfuhr... Hauptaufgaben... erste wirtsch... erfordert un... ren Zustände... der der Reich... Start, die Re... ten zusammen... die besetzten... bedarf für die... aber die Lan... pflicht zu erfi... bänder zu Ri...

Der Ra...

Geschehen...

Endlich... der gemein... herer mit... entgegenzut... ist hauptsächl... auführen, die... gierung in W... Bei der... Reichsfinanz... dere die Fra... Greistreibere... ert worden... en u. a.: B... blen Wohlst... zur bestmöglic... der Ausfuhr... grenzen De... Murechter... für alle zur... solange nicht... und Nachfrag... der Rehen: V... ren der Land... gewerblichen... Fordarkeit... Wenehen mit... Erwerbslosen... Auf dem... verlanat: Ein... Budgetbeläup... Lämpfung nac... nstieren: Aus... denben Tätigk... gleitung der... beit: organisat... auf dem Gebie... segung zu tur... Es wurde... daß der Frei... Kollisionswe... men noch sch... den soll. Ein... Reichsfinanz... Besondere... ren Einfuhr... Hauptaufgaben... erste wirtsch... erfordert un... ren Zustände... der der Reich... Start, die Re... ten zusammen... die besetzten... bedarf für die... aber die Lan... pflicht zu erfi... bänder zu Ri...

Der Ra...

Geschehen...

Endlich... der gemein... herer mit... entgegenzut... ist hauptsächl... auführen, die... gierung in W... Bei der... Reichsfinanz... dere die Fra... Greistreibere... ert worden... en u. a.: B... blen Wohlst... zur bestmöglic... der Ausfuhr... grenzen De... Murechter... für alle zur... solange nicht... und Nachfrag... der Rehen: V... ren der Land... gewerblichen... Fordarkeit... Wenehen mit... Erwerbslosen... Auf dem... verlanat: Ein... Budgetbeläup... Lämpfung nac... nstieren: Aus... denben Tätigk... gleitung der... beit: organisat... auf dem Gebie... segung zu tur... Es wurde... daß der Frei... Kollisionswe... men noch sch... den soll. Ein... Reichsfinanz... Besondere... ren Einfuhr... Hauptaufgaben... erste wirtsch... erfordert un... ren Zustände... der der Reich... Start, die Re... ten zusammen... die besetzten... bedarf für die... aber die Lan... pflicht zu erfi... bänder zu Ri...

er, einen Pri-
herbeizuführen,
in mehreren
torff. Es wird
anzlers die An-
ent Wilsen sau-
an den König
die Mächte einen
sen. Herr Graf
Präsident Wil-
mitteln.
gebote Wilsen.
Referat beendet
s Grafen Bern-
matthias Span-
darlegen will,
bedensaktion vom
Friedensaktion
dem Standpunkt
ne nur gelingen
sei, insoweit
lassen darauf, daß
Regierung irgend-
wird immer
stärkt werden.
Hilms. „Gang
Bernstorff gefandt,
deutsche Regierung
Der Reichsminister
„Gang geheim“
die deutsche Ab-
stellaktion, daß er
sprechen dürfte,
durch die Durch-
enspläne erbittert
utschlands Absicht
al das Ergebnis
Bernstorff: „Haben
sichergestellt, daß Sie
ermuntern oder
zu unjeren Wan-
(.)
ion bereit, diesen
schalt dieses Ab-
beret, auf eine
rundlage einzu-
läge unsererseits?
ebrochen.
Entente.
Zugriffrecht der
und Befürchtung
Ergebnis des
nd den Vertrag
rechnen werde.
schbürgeramt an
mit der Bitte,
dafür bestehen,
ster seinen Um-
genommen wer-
hfinanzminister
ationalverfamm-
daß nach den
r Friedens-
ugriffrecht
topfers nicht
nister zugeben,
stimmungen des
ten Auffassung
dürfen jedoch.
hängt. Weil der
Kette verlängert.
konnte auch dieser
nders seelenfertig
verehrt. — Der
wurde ohne jedes
vergeschossen, weil
Kommunisten ge-
b der furchtbaren
nigstens 30. Be-
ocza leiden. Sie
adapest geschleppt.
eil sie früher der
tot ließ man sie
en Palästen aus-
atte trotz seines
hrend der Prole-
eine Woche lang
ubigen zu predi-
agen, auch sein
is den Weg zur
Sein Palais in
wohl alle Argu-
aren, schickte ihm
ommissionen mit
00 Soldaten ins
für 200 Personen
den Domherren
Norwande, daß
und alles ver-
rieche von diesem
me der Kirchen-
ater dem Schutze
italienische Kom-
von Anfang an
ardinals nicht
(Schluß folgt.)

so heißt es in dem Antwortschreiben des Reichsfinanz-
ministers nicht aus dem Zusammenhang gerissen wer-
den. Nach Ansicht der Regierung kann eine Prüfung
der gesamten diesbezüglichen Vertragsklauseln nur zu
dem Ergebnis führen, daß das deutsche Volkswirt-
schaft und seine Einnahmen durch die betreffenden Be-
stimmungen mit einer Billigkeit belastet werden, daß
aber das hieraus fließende Zugriffsrecht der Entente
so lange nicht ausgeübt werden kann, als Deutschland
seinen Verpflichtungen nachkommt.
In dieser Auffassung wird das Reichsfinanzmini-
sterium durch Gutachten juristischer und wirtschafts-
politischer Sachverständiger bestärkt. Auch alle Kund-
gebungen der Entente, die neben dem Friedensvertrag
überbringen, lassen deutlich erkennen, daß die feind-
lichen Mächte bei Vertragserfüllung einen Eingriff
in die deutschen Hoheitsrechte keineswegs beabsich-
tigen und sich hierzu auch nicht für berechtigt halten.
Es kommt also alles darauf an, daß Deutschland
seinen ihm aufgezwungenen finanziellen
Verpflichtungen nachkommt. Bis zum Jahre
1926 sind diese im Friedensvertrage genau um-
grenzt und man wird annehmen dürfen, daß wir
bei einer steigenden Entwicklung unserer inneren Ver-
hältnisse insoweit zur Erfüllung in der Lage sein
werden. Hierzu hält der Minister aber vor allem
eine Gesundung der finanziellen Grundlagen des Deut-
schen Reiches für die dringendste Vorbedingung, und
es dürfte daher Aufgabe aller staatsbehaltenden Kreise
sein die in dieser Hinsicht von der Reichsregierung
geplanten Maßnahmen und hierunter vor allem den
Entwurf des Reichsnotopfers zu unterstützen.

Der Kampf gegen den Wucher.
**Gesetzgeberische Maßnahmen zur Aufbesserung des
Wucher- und Schiebertums.**
Endlich hat sich die Regierung dazu bereit erklärt,
der gemeingefährlichen Tätigkeit der Schieber und Wu-
cherer mit neuen gesetzgeberischen Maßnahmen
entgegenzutreten. Dieser Entschluß der Reichsregierung
ist hauptsächlich auf die ersten Vorstellungen zurück-
zuführen, die mehrere Mitglieder der bayerischen Re-
gierung in Berlin erhoben haben.
Bei der Besprechung, die unter dem Vorsitz des
Reichsfinanzministers stattgefunden hat, sind insbeson-
dere die Fragen einer wirksameren Bekämpfung der
Preistreiber und des Schleichhandels eingehend erör-
tert worden. Auf wirtschaftlichem Gebiete wünscht Ban-
ern u. a. Freigabe der Einfuhr von notwen-
digen Rohstoffen und Lebensmitteln und Maßnahmen
zur bestmöglichen Erfassung des Salutagesinnes bei
der Ausfuhr: Wiederherstellung der Zoll-
grenzen Deutschlands, namentlich der Westgrenzen;
Wiederherstellung der Zwangswirtschaft
für alle zur Lebenshaltung notwendigen Gegenstände,
solange nicht auf dem betreffenden Gebiete Angebot
und Nachfrage in entsprechendem Verhältnis zueinan-
der stehen; Preisüberwachung nicht nur für Wa-
ren der Landwirtschaft, sondern auch für solche der
gewerblichen Erzeugung; Wiedereröffnung der Ar-
beitsarbeit unter Sicherung von Mindestlöhnen im
Gewerbebetriebe durch Arbeitslosenversicherung.
Auf dem Gebiete der Organisation wird u. a.
verlangt: Einsetzung eines Reichskommissars zur
Wucherbekämpfung mit der Aufgabe, die Wucher-
bekämpfung nach einheitlichen Gesichtspunkten zu or-
ganisieren; Ausbau der preisprüfenden und preisbil-
denden Tätigkeit des Reichswirtschaftsministeriums; Zu-
ziehung der beteiligten Länder zur gemeinsamen Ar-
beit; organisches Zusammenarbeiten aller Stellen, die
auf dem Gebiete der Preisbegrenzung und Preisfest-
setzung zu tun haben.
Es wurde grundsätzliches Einverständnis erzielt,
daß der Preistreiber, dem Schleichhandel und dem
Schleichwesen durch neue gesetzgeberische Maßnah-
men noch schärfer als bisher entgegengetreten wer-
den soll. Eine entsprechende Gesetzesvorlage wird im
Reichsjustizministerium alsbald in Angriff genommen.
Besonders die Befreiung der unkontrollierba-
ren Einfuhr durch das Loch im Westen wird, eine der
Hauptaufgaben des neuen Gesetzes werden. Zumal die
erste wirtschaftliche Lage in den besetzten Gebieten
erfordert unbedingt sofortige Abhilfe dieser unbilli-
gen Zustände. Auf einer Konferenz in Koblenz, zu
der der Reichskommissar für das besetzte Gebiet, von
Bark, die Vertreter der einzelnen Bevölkerungsschich-
ten zusammenberufen hatte, wurde festgestellt, daß
die besetzten Gebiete aus eigener Ernte den Getreide-
bedarf für sieben bis acht Monate decken könnten, daß
aber die Landwirtschaft weigert, ihre Ablieferungs-
pflicht zu erfüllen und das Getreide an die Schleich-
händler zu Niederspreisen abgeben.

Der Schmuggel von deutschem Getreide
Aber die Westgrenze hat einen ungeheuren Umfang
angenommen. Tonnenweise, in langen Automobili-
en, geht aus den Kreisen Geldern und Cleve das Ge-
treide nach Holland und kommt zu unerhörten Prei-
sen als Auslandsmehl wieder herein. Die deutschen
Behörden sind machtlos, da ihnen die Verechtigung
der Zollkontrolle fehlt. Die Schmugglerautomobile sind
zum größten Teil von Angehörigen der Wehrmacht
begleitet. Aus diesen Umständen entsteht die
Gefahr, daß das besetzte Gebiet in absehbarer Zeit
ohne jeden Vorrat von Brotgetreide dastehen.
Im praktischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Not-
lage und Bekämpfung gegen das überhandnehmende
Schieber- und Wuchertum zu finden, wurden für die
einzelnen Gebiete Sonderkommissionen eingesetzt, die
sich in Verbindung mit dem Reichskommissar und mit
den Wehrmachtbehörden über die geeigneten Maß-
nahmen ins Einvernehmen setzen sollen. Solange es
der Reichsregierung nicht gelingt, diese Missetände zu
beheben, ist an eine Hebung unserer Wäute nicht
zu denken. Nur mit den allerhöchsten Zuchthausstra-
fen wird man dem gemeingefährlichen Treiben der ver-
antwortungslosen Schieber Einhalt gebieten können.

Petersburg vor dem Fall.
Verstärkte Siegesberichte.
Die Meldung von dem Einzug des Generals Ju-
denitsch in Petersburg wird von verschiedenen Seiten
als unzutreffend bezeichnet. Weder Kronstadt noch
Petersburg hätten kapituliert. Einer Neutermeldung
anfolgte wehte noch am Montag morgen die rote Alaae

Aber Kronstadt. Allerdings soll Judenitsch wieder
etwas bemerkenswerte Erfolge über die Bolschewisten
errungen haben und Vorbereitungen zu einem Zuge
nach Petersburg treffen. Er hat mehrere Kavallerie-
regimenter zusammengezogen zu einem energischen
Vorstoß gegen die Hauptstadt.
Nach den letzten Nachrichten steht General Jude-
nitsch nur noch acht Kilometer von Petersburg
entfernt. Die Truppen sehen die Türme der Newa-
Metropole aus der Ferne und hören eine Explosion
nach der anderen aus der unglücklichen Stadt. Die
Rorladr Sigowa ist bereits eingenommen. Offenbar
vernichten die roten Truppen in der letzten Verzwei-
lung alles, was an die einstige Schönheit der russi-
schen Hauptstadt erinnert.
Der Ring um Petersburg schloß sich in den le-
zten Tagen beinahe zusammen. Alle nach Petersburg
führenden Bahnen sind bereits abgeschnitten und
nur die Wolgobahnen fließen den Bolschewisten noch zur
Versorgung. Der Fall Petersburgs darf nur noch als
eine Frage von Stunden bezeichnet werden. Die
russischen roten Truppen, die noch an der finnischen
Grenze gestanden haben, flüchten in wilder Panik und
lassen ihre finnischen roten Brüder hilflos zurück.
Sticht der Sowjetregierung?
Die „Times“ berichten aus Omsk: Nach Mittel-
lungen aus Jekaterinenburg lassen sich dort bolsche-
wistische Kommissare nieder, die die Ueberlieferung
der Sowjetregierung nach Jekaterinenburg vorbereiten.

Die Nationalversammlung.
— Berlin, 21. Oktober.
Etat des Reichsfinanzministeriums.
Nach Beantwortung verschiedener kleiner Anfra-
gen wird heute bei äußerst schwach besetztem Hause
in die zweite Beratung des Haushalts des Reichsfinan-
zministeriums eingetreten. Verbunden damit wird der
Bericht des Ausschusses über die Militärmusterstellen.
Reichsfinanzminister Mayer-Kaufmann leitet die
Beratung mit einer kurzen Darlegung der derzeitigen
Aufgaben des Reichsfinanzministeriums und seiner
gegenwärtigen und künftigen Aufgaben ein. Es sind
erstens Verwaltung und Verwertung der mobilen und
immobil gewordenen Heeresgüter, zweitens die
Verwaltung der im Kriege entstandenen großen indus-
triellen Unternehmungen des Reichs, u. a. auf dem
Gebiete der Erdölverarbeitung, der Elektrizitäts- und
Aluminiumerzeugung, und drittens finanzielle Kon-
trolle der Kriegsgesellschaften.
Die in Liquidation stehenden Kriegsgesellschaften
werden in den Geschäftsbereich des Reichsfinanzmini-
sters übergeführt. Alle noch vorhandenen mobilen Heeres-
güter sind heute in unserer Hand. Werte im Betrage
von 150 Millionen Mark sind bereits in die Hand
des Reichs zurückgeführt; über 400 Millionen, die zum
größten Teil auch dem Reich zurückgegeben wurden,
schweben noch Verhandlungen: Vermietungen wer-
den hier und da sicher immer wieder noch vorkom-
men, aber wir tun alles, um ihnen nach Möglichkeit
vorzubeugen. Das Reichsfinanzministerium hatte fer-
nerzeit den gesamten Wert der noch getetteten Heeres-
güter auf drei Milliarden Mark angenommen. Bis
heute ist es uns gelungen, drei Milliarden Mark
aus dem Heeresgut zu erzielen. Nach meiner Schätzung
befindet sich noch für etwa zwei Milliarden Mark
mobiles Heeresgut in Deutschland. Die Verwertung
des mobilen Heeresgutes hat ihren Höhepunkt bereits
überschritten.
Eine neue gewaltige Aufgabe ist dem Reichsfinan-
zministerium auf dem Gebiete der Verwaltung und
Verwertung der entbehrlich gewordenen Immobilien
Heeres- und Marinegüter erwachsen. Es soll laut
Reichstagsbeschluss die Immobilien Heeresgüter auf den
Friedensstand zurückzuführen und die Betriebe in pri-
vate Betriebe verwandeln. Zur Leitung sind un-
bedingt erstklassige Kräfte erforderlich, deren Gehälter
denen der Privatindustrie angepasst sein müssen. Die
Hauptverwaltung der Heeresbetriebe ist in weitester
Entwicklung begriffen; sie müssen in Geschäftsform
übergeführt und nach kaufmännischen Gesichtspunkten
betrieben werden. Das Reich hat auf diesem Ge-
biete bereits große Erfahrungen. Die Umstellung der
Heeres- und Marinebetriebe auf den Friedensbetrieb
beruht auf große Schwierigkeit, da bei der Einrichtung
dieser Betriebe hierauf nicht Bedacht genommen wor-
den war.

Der Unterhalt der Besatzungstruppen
Im Westen erfordert im Jahre einen Betrag von 1,2
Milliarden Mark; außer diesen Forderungen werden für
die nächste Zeit für den Bau von Wohnungen
für die Offiziere usw. erhebliche Summen angefordert.
Für die Ueberwachungsausschüsse werden jährlich un-
gefähr 60 Millionen aufgewendet werden müssen. Die
Unterhaltung der internationalen Besatzungstruppen
stellt sich also heute schon insgesamt auf mindestens
2½ Milliarden Mark. Unter den heutigen Verhält-
nissen eine ganz unerträgliche Ausgabe für uns. Wir
feimen seit Abschluß des Waffenstillstandes auch nicht
abnehmend die größtmögliche Stärke der Besatzung.
(Hört! Hört!) Eine Verrechnung der Unterhaltungs-
kosten wurde bisher auch immer ohne jede Begrün-
dung abgelehnt. Die Requisitionen werden in den
ersten neun Monaten auf etwa 900 Millionen ge-
schätzt.
Unmittelbar nach Friedensschluß sollen in Ver- in zwei
Ueberwachungskommissionen eintreten, für deren Un-
terbringung mehrere große Hotels mit Hunderten von
Zimmern sowie Stallung für 60 Automobile erforder-
lich sein werden. Diesen Ueberwachungskommissionen
wird deutscherseits nur eine Kommission von sechs
Offizieren gegenübergestellt. Das ist ein Ausmaßungs-
prozeß, der in letzter Linie der Entente Schaden brin-
gen müsse. Die Besatzungstruppen müssen vermindert
werden. Die Entente darf auch in den besetzten
Gebieten unserer Verwaltung keine Schwierigkeiten be-
reiten. Das verlangt mit der Regierung auch die
ganze Nationalversammlung. (Beifall.)
Abg. Giebel (Sog.): Die Entente sollte bedenken,
daß sie zu keinem reichen Manne kommt. Von dem
neuen kaufmännischen Geist im Ministerium versprechen
wir uns viel.
Abg. Grising (Zentr.): Die bedeutendste Aufgabe
des Ministeriums ist die Umstellung der Heeresbetriebe
in Friedensbetriebe. Seit dem November ist der Fort-

vor in den Staatsbetrieben sprichwörtlich geworden.
Mit diesem Zustande muß gebrochen werden. Leute,
die solcher Terror treiben, müssen sofort entlassen
werden. (Beifall.) Der Minister sollte sich ein Paar
Kaufhandschuhe kaufen und damit in die Westen-
nester der Kriegsgesellschaften hineinleuchten.
Abg. Gothein (Dem.): Es ist bedauerlich, daß die
Entente so wenig Verständnis für die Leistungsfähigkeit
Deutschlands zeigt. Das Schiebertum im Westen wäre
ohne die Westschlichkeit der gegnerischen Truppen gar-
nicht möglich.
Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch
verlagt.

Preuß. Landesversammlung.
Kleine Anfragen.
Auf eine Anfrage Brelle (D. Hann.) antwortet
die Regierung, daß noch nicht gerichtete Kirchen-
glocken zurückgegeben sind oder werden, und daß
aus dem noch verfügbaren gerichteten Glockengut
eine Verteilung stattfinden wird.
Auf eine Anfrage Adolf Hoffmann (U. Sog.) wird
von einem Regierungsvertreter mitgeteilt, daß der Zu-
stimmung eines Zwangs auf Eidesleistung unter
religiöser Eidesform, wie er in einem Falle aus-
gesprochen worden ist, nicht für angängig hält und ent-
sprechende Anweisung erlassen wird.
Die zweite Beratung des
Landwirtschaftsetats
wird fortgesetzt.
Abg. Graf v. Kanitz (Dnatl.) begründet einen An-
trag, in West- und Ostpreußen die Zwangswirtschaft
aufzuheben. Der Friedensvertrag hat lediglich das
Ziel, Preußen zu zerstückeln; dieses jadisige Nach-
werk wird verschwinden. Wir Deutschen müssen jetzt
hastig lernen. Da wir den Verkehr mit dem abge-
schüttelten Ostpreußen nicht aufrecht erhalten können,
ist die Zwangswirtschaft dort sinnlos geworden. Die
Verufsorganisation der ostpreussischen Landwirtschaft
steht für die Versorgung der Bevölkerung ein.
Abg. v. Kessel (Dnatl.) begründet einen Antrag auf
Festlegung des Arbeiter- und Handwerkerlohns auf
dem Lande.
Abg. Peter-Hochborn (Sog.) wünscht Ueberweisung
des Antrags auf reichsgesetzliche Regelung der Landar-
beiterverhältnisse an die Landwirtschaftliche Kom-
mission.
Abg. v. Kessel (Dnatl.) begründet einen Antrag
auf Einstellung der Schlachtung von Milchschafen.
Abg. Jacoby-S. (Zentr.) tritt in zwei An-
trägen für Erleichterung der Ablieferung von Vieh
an die feindlichen Mächte für die besetzten Gebiete
und für Freigabe landwirtschaftlicher Gebäude ein.
Abg. Dr. Schröder-Halle (Dem.) beantragt, die
Landwirtschaftskammern künftig nach demokratischen
Grundsätzen zu wählen. Ist genug haben sie bisher
nicht einen einzigen Kleinbauern in ihrer Mitte ge-
habt. Berufe, die mit der Landwirtschaft zusammen-
hängen wie Metzereien, Fischereien usw. müssen in ihnen
vertreten sein.
Einige weitere Zentrumsanträge verlangen den not-
wendigen Widdabschutz zum Schutze der Landwirtschaft
und Bereitstellung ausreichender Mengen von Schwefel
usw. zur Bekämpfung der Schädlinge des Weinstokkes
sowie rechtzeitige Belieferung der Winzer mit Wein-
zucker, Einberufung eines Weinparlaments.
Nach Begründung einer Reihe förmlicher Anfra-
gen tritt das Haus in die allgemeine Aussprache
über den Landwirtschaftsetat ein.
Abg. Wittich (Sog.) spricht noch zu einigen Ein-
geweihten, dann verlagert sich das Haus auf Mittwoch.

Deutsches Reich.
— Reichspräsident Ebert hat dem Kaiser Christl Sand-
rod mehrere Sitzungen zu einem Abreise gewährt.
— Zum Wiederaufbauminister ist der Oberbürgermeister
von Nürnberg, Dr. Gehler, eine führende Persönlichkeit
der süddeutschen Demokratie, ausgerufen.
— Nachdem die Arbeit in den lebenswichtigen Betrieben
Berlins in vollem Umfange wieder aufgenommen worden
ist, hat Reichsminister Rothe die Verordnung über das
Streikverbot wieder aufgehoben.
— Die bayerische Staatsregierung hat durch das deutsch-
österreichische Konsulat in München ein neuerliches nach-
drückliches Verlangen nach Auslieferung des in Wien
verhafteten Kommunisten Max Levien gestellt.
— Die Leipziger Unabhängigen beschließen mit über-
wältigender Mehrheit den Anschluß an die dritte bolschewi-
stische Moskauer Internationale.

Die Vorbereitungen zur Reichskonferenz
nahmen am Montag in Reichsministerium des Innern
ihren Anfang. Mit großer Mehrheit wurde be-
schlossen, die Reichsschulkonferenz stattfinden zu lassen,
ferner einen Ausschuss zu bilden, der die Verbindung
zwischen dem Reich und den Unterrichtsverwaltungen
der Länder herstellt und außerdem die Konferenz vor-
berichtet. Einstimmigkeit herrschte darüber, daß eine
Reihe wichtiger Fragen schnellstens durch ein Reichs-
schulgesetz zu regeln und noch vor der Reichs-
schulkonferenz zu erledigen sei. Die Vorarbeiten für
die Konferenz wurden dem Ausschuss übertragen, ins-
besondere die Frage der Dauer der Verhandlungen,
die Auswahl der Teilnehmer und weitere Einzelan-
gen. Als ungefähre Zeitpunkt für das Startfinden
der Konferenz wurde Ostern 1920 in Aussicht genom-
men. Einschließlich der Regierungsvertreter soll die
Zahl der Teilnehmer nicht mehr als etwa 400 be-
tragen. Ferner wurden dem Ausschuss die Vorschläge
zur Vorbereitung überwiesen, die die Reichsschulkon-
ferenz beschäftigen sollen, sowie eine Reihe anderer,
noch zur Erörterung gestellter Fragen auf dem Schul-
gebiete. Einstimmigkeit herrschte darüber, daß die
Sicherung der im Ausland tätigen Lehrkräfte eine Frage
sei, deren möglichst baldige Regelung erfolgen müsse.
Ferner soll eine Neuordnung der Reichsschulbildung
baldig in die Wege geleitet werden.
— Abgelehnt. Die deutsche Delegation in Versailles
hatte an den Obersten Rat das Ersuchen gerichtet,

die Mitglieder der internationalen Kontrollkommissionen in Deutschland sollten nach Inkrafttreten des Vertrages nicht mehr Uniform tragen, um unliebsame Zwischenfälle von vornherein zu vermeiden. Der Oberste Rat hat jedoch das Ersuchen mit der Begründung abgelehnt, daß darin ein Versuch erblickt werden müsse, die Autorität der internationalen Kommission zu schwächen.

Der Kaiser Wilhelm als Kläger. Im Auftrage des ehemaligen Kaisers hat Rechtsanwalt Dr. Siebert bei der Staatsanwaltschaft in Berlin Strafantrag gegen den Schauspieler Ferdinand Bonn wegen des von Herrn Bonn verfaßten „Kaiserfilms“ gestellt. Wilhelm II. klagt wegen Verleumdung, wegen Mißbrauch seines Bildes und auf Unterlassung, das heißt auf Verhinderung aller Aufführungen. Die Vorführung des geschmacklosen Films, in dem Herr Bonn seinen ehemaligen kaiserlichen Gönner bekanntlich selbst darstellt, ist bis jetzt nur in Berlin verboten.

Die Litauer bedrohen den Rücktransport der Baltikumtruppen. Die Verbindung mit General Eberhardt welcher in Satun sein Hauptquartier hat, ist nach Mitteilungen von zündender Seite seit Dienstag unterbrochen. Es scheint, daß diese Unterbrechung mit Nachrichten zusammenhängt, welche auf anderem Wege über Bewegungen der litauischen Truppen zu uns gedrungen sind. Hiernach schieben die Litauer ihre Truppen immer näher an die für den Rücktransport außerordentlich wichtige Bahnlinie Radau-Wilna-Langasgaren heran, so daß diese Truppenbewegung einer Bedrohung des deutschen Rücktransportes gleichkommt. General Eberhardt verhandelt vorläufig noch mit den Litauern. Wie jedoch die Dinge sich weiter entwickeln werden, ist noch nicht abzusehen.

Der Entwurf der preussischen Verfassung ist jetzt im Ministerium des Innern fertiggestellt worden. Er wird in kürzester Frist von dem Minister des Innern, Wolfgang Heine, dem preussischen Staatsministerium vorgelegt werden und dann, nach der Besprechung im Ministerrat, der preussischen Landesversammlung zugehen. Der Verfassungsentwurf rührt in der Hauptsache vom Unterstaatssekretär Dr. Freund her. Gleichzeitig mit dem Verfassungsentwurf oder sogleich nachher wird der Landesversammlung ein Entwurf für die Verwaltungsreform vorgelegt werden. Er ist von dem früheren Minister des Innern Dr. Drees verfaßt, der mit den ihm beigegebenen Mäßen jetzt im Ministerium des Innern arbeitet.

Müller der aus Schleswig kommenden Kriegsgefangenen. Die deutsche Regierung hatte in einer Note vom 20. September Clemenceau ersucht, den Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen so einzurichten, daß diese rechtzeitig zur Abstimmung in ihre Heimat zurückkehren könnten. Diesem Ersuchen hat Clemenceau in einer dieser Tage eingetroffenen Antwort entsprochen. Es wird darin mitgeteilt, daß alle Vorträge zum Rücktransport der betreffenden Gefangenen getroffen sind und sich Tausende von Gefangenen aus den Abstimmungsgebieten bereits auf dem Heimwege befinden.

Rundschau im Auslande.

In den nächsten Tagen wird der polnische Minister die Verfassung für das Posener Gebiet festlegen. Das Posener Gebiet wird in der Warschauer Regierung von zwei Ministern und in Polen selbst von vier Sektionschefs geleitet werden.

In Vitoria bei Bari in Italien sind im Verlaufe des Wahlschlusses Unruhen ausgebrochen, bei denen viele Menschen verletzt und zahlreiche Personen verhaftet worden sind.

Vord William Selberh, der frühere Privatsekretär von Sir Edward Grey, wurde zum britischen Geschäftsträger in Berlin ernannt und wird mit den anderen Mitgliedern der Delegation seinen Posten in den nächsten Tagen antreten.

Der König Alfonso von Spanien ist zu einem Besuch in Paris angekommen. Er wurde am Bahnhof von dem Minister des Auswärtigen, Richon, und den Vertretern des Ministerpräsidenten empfangen.

In Rio wurde ein Bombenattentat auf den Generalgouverneur v. Dredow verübt. Dredow ist schwer verwundet.

In Port Darwin in Nordaustralien zwang die Bevölkerung unter Führung des Bürgermeisters die Vertreter der Regierung Australiens und die anderen Beamten mit einem Schiff abzufahren.

Polen: Generalstreik der Volkswirtschaft.

Aus Warschau kommende Berichte kündigen den Ausbruch eines Generalstreiks an. In der letzten Sitzung des Exekutiv-Ausschusses der polnischen sozialistischen Partei ist beschlossen worden, bis zur endgültigen Bewilligung aller Forderungen den Generalstreik zu proklamieren. Die Führer der polnischen sozialistischen Partei erklären, daß der landwirtschaftliche Streik den Anfang der allgemeinen Offensive des organisierten polnischen Proletariats bedeute. Nach einer anderen Meldung sind auf der Eisenbahn bei Lublin fünf verdächtige Personen verhaftet und in das Gefängnis nach Warschau eingeliefert worden. Die Untersuchung hat ergeben, daß sich darunter der bekannte bolschewistische Führer Kadzinski und der General der bolschewistischen Armee Kolega befinden. Die polnische Zeitung „Gazeta Poranna“ bemerkt dazu, daß Polen am Vorabend einer großen allgemeinen Revolution steht. Der Streik der Landwirtschaftsarbeiter steht in engem Zusammenhang mit den Wahlen der russischen Volkswirtschaft in Polen. Die Verhaftungen sind eigens nach Polen gekommen, um dort die Revolution zu entfachen.

Frankreich: Die Beendigung des Kriegszustandes.

Durch ein Dekret des Präsidenten wurden Kammer und Senat geschlossen. In ihrer letzten Sitzung beschloß die Kammer, als Tag der Beendigung des Kriegszustandes den Tag der Veröffentlichung des Ratifikationsaustausches anzusehen. Nach den neuesten Meldungen aus Paris soll die Niederlegung der Ratifikationsurkunden, durch die der Friedensvertrag in Kraft tritt, in den nächsten Tagen stattfinden. — Wie die Pariser „Liberte“ mitteilt, beschäftigte die Frage der zu verfolgenden Deutschen den Unterstaatssekretär für Militärjustiz, Ignace. Es handelte sich um 600 Personen. Das Blatt sagt, die größten Namen des deutschen Gotha (gemeint ist das genealogische Taschenbuch des deutschen Adels, Die Red.) stehen auf der Liste, unter ihnen der ehemalige Kronprinz Rupprecht von Bayern.

England: Vandalenkämpfe in Indien.

Einer Reutermeldung zufolge griff eine Truppe Wana Bagris in Stärke von 300 Mann am 5. Oktober zwischen Manghi und Luni eine Patrouillenabteilung an. Die britischen Verluste betrugen an Toten und Vermissten 29 Mann.

darunter ein britischer Offizier. Die Wana Bagris hatten schwere Verluste. Eine Kolonne aus Kaurbridge stieß am 6. Oktober in der Nähe von Manghi auf dieselbe Streitmacht, die diesmal schätzungsweise 600 Mann betrug. Anfangs trieb sie sie hinter die Berge zurück, fiel ihr jedoch anschließend hinter in einen Hinterhalt. Die Kolonne erreichte Kaurbridge erst nach schweren Kämpfen. Die Verluste betragen etwa 80 Mann, darunter zwei britische Offiziere und ein indischer Sanitätsoffizier tot. Eine neue Kolonne mit Geschützen hat sich am 8. Oktober nach Manghi begeben.

Local- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld, den 23. Oktober 1919.

Erhöhung der Mehl- und Brotpreise. Die mit der neuen Ernte eingetretene Erhöhung der Getreidepreise in Verbindung mit der Herabsetzung des Ausmahlungsverhältnisses bedingt eine nicht unwesentliche Erhöhung der Mehlpreise. Die von den Bäckern zu zahlenden Preise je Doppelzentner steigen für Roggenmehl von 44, 25 auf 59,80 M., für Weizenmehl von 47, — M auf 65,80 M. Entsprechend den höheren Mehlpreisen und unter Berücksichtigung der seit dem Vorjahr ganz bedeutend gestiegenen Löhne und sonstigen Unkosten der Bäcker sind die Brotpreise wie folgt festgesetzt: Für das 4 1/2 Pfund Roggenbrot 1,75 M (bisher 1,35 M), für das 4 1/2 Pfund Schwarzbrot 1,65 M (bisher 1,35 M), für 1380 Gr. Weißbrot 1,35 M (bisher 0,95 M) und für ein Weißbrötchen von 115 Gramm 15 S (bisher 11 S). Die neuen Preise gelten für Weizenmehl und Weizengebäck schon von heute ab; die übrigen Preise treten erst mit dem 26. d. M. in Kraft, weil bis dahin noch die Mehlbestände alter Ausmahlung reichen. Die Einzelheiten sind aus der amtlichen Bekanntmachung im Anzeigenteil ersichtlich.

Deutschnationale Arbeiterberatung. Für die 4 wöchentlichen Wahlbezirke findet am Sonntag, den 2. November in Hagen i. W. im „Wilhelmshof“ eine Vertretertagung des Reichsarbeiter-Ausschusses der deutschnationalen Volkspartei statt, auf der neben anderen auch der Abgeordnete Franz Lehmann über „Deutschnationale Arbeiterpolitik“ sprechen wird. Die deutschnationalen Arbeiter haben sich eine besondere Organisation gegeben und wollen mit dieser mit ganz besonderem Nachdruck für die deutschnationale Volkspartei werbend tätig sein. Der Vorsitzende des Reichsarbeiter-Ausschusses ist der Arbeitersekretär Emil Hartwig in Bethel bei Bielefeld.

Für den Herbst veranstaltet: B. G. & Co., Bethel. — Druck und Verlag: Bielefeld, Bethel bei Bielefeld, Herrmann 74, Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Schillerstr. 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Anzeigen und Sendungen, an die Geschäftsstelle: Bielefeld, Bethel bei Bielefeld, Postfach 7332 Hannover.

Änderung

in der Regelung des Brots- und Mehlverbrauchs im Stadt- und Landkreise Bielefeld.

Zur Regelung des Brots- und Mehlverbrauchs im Stadt- und Landkreise Bielefeld wird gemäß §§ 59 bis 61 der Reichsgetreideordnung vom 18. Juni 1919 (R. G. Bl. S. 535) in Abänderung der Anordnungen vom 3. August 1918 und 8. Mai 1919 angeordnet:

1. Für das von den Mehlverteilungsstellen des Stadt- und Landkreises Bielefeld an Bäcker und Händler abzugebende Mehl werden für 100 Kilo brutto für netto ohne Sack ab Lager der Verkaufsstellen folgende Preise berechnet:

a) Roggenmehl (82 prozentiges)	59,80 M
b) Weizenmehl (80 prozentiges)	65,80 M
c) Weizenmehl (65 prozentiges)	69,50 M
d) Gerstenmehl (75 prozentiges)	62,50 M
e) Roggenbrot	53,20 M
f) Weizenbrot	57,50 M

Bei Lieferung frei Haus erhöhen sich die Sätze um 50 S. Die Sätze sind Eigentum der Mühlen und müssen spätestens innerhalb 2 Wochen heil und unverändert an diejenige Stelle, von der das Mehl bezogen ist, zurückgeliefert werden. Für je 100 Kilo Mehl werden 10 M als Sackpfand erhoben, dessen Rückzahlung nur erfolgt, wenn die Sätze innerhalb der festgesetzten Frist in ordnungsmäßigem Zustande zurückgeliefert werden.

2. Für Brot und den Kleinhandel mit Mehl werden folgende Höchstpreise festgesetzt:

- | | |
|--|--------|
| a) für 4 1/2 Pfd. Roggenbrot | 1,75 M |
| b) für 4 1/2 Pfd. Roggenbrot mit 30 Hunderteilen Weizenmehl (Kaffeebrot) | 1,85 M |
| c) für 4 1/2 Pfd. Schwarzbrot in Laiben | 1,65 M |
| d) für 1 Pfund Schwarzbrot in Scheiben | 0,38 M |
| e) für 1380 Gramm Weißbrot | 1,35 M |
| f) für ein Weißbrötchen von 115 Gramm | 0,15 M |
| g) für 1035 Gramm Weizenbrot | 1, — M |
| h) für 1035 Gramm Krankebrot | 1,30 M |
| i) für eine Einheit Feinweizenbrot (260 Gr.) | 0,80 M |
| k) eine Einheit Kriegswieback (250 Gr.) | 0,75 M |
| l) für eine Einheit Weizenmehl (250 Gr.) | 0,21 M |
| m) für eine Einheit Roggenmehl (250 Gr.) | 0,20 M |

3. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden nach § 80 Abs. 1, Ziffer 12 der Reichsgetreideordnung vom 18. Juni 1919 mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

4. Die neuen Preise für Weizenmehl und Weizengebäck treten mit dem 22. Oktober 1919, die übrigen Preise mit dem 26. Oktober 1919 in Kraft.

Bielefeld, den 20. Oktober 1919.

Der Magistrat der Stadt Bielefeld.

Stapenhorst.

Der Kreisaußsicht des Landkreises Bielefeld.

Beckhaus.

Zu kaufen gesucht:

EICHEN

rund und geschnitten A- und schlanke B-Ware jedes Quantum ab jeder deutschen Station für jetzige und spätere Lieferung.

Auch in Buche, Linde, Ahorn, Birke, Esche, Ulme, Kirsch- und Birnbaum haben wir Bedarf. Ferner benötigen wir Schnitt- und Bauhölzer in Kiefern, Fichten, Tannen und Erlen. Nähere Angaben bezüglich Stärkeneinteilung, Durchmesser, Preise usw. erbitten umgehend.

M. & H. Wuesthoff, Holzgroßhandlung, Düsseldorf, Hohenzollernhaus.

Ortler Reutabach

aus einem Tabak hergestellt, tabaklos, schmelzende Ware in goldenen Rollen gebildet und ungebrüht, jedes Quantum lieferbar. Probieren und Bestellen. Liste Nr. 6. — gegen Nachnahme.

L. Sorg

Frankfurt a. M., Schulstr. 15.

51 Jahre alter Gärtner,

der auch Bienenkunde über-nimmt kann, früher längere Jahre in der Ameriken Mission tätig, sucht dauernde Stellung unter bescheidenen Ansprüchen. Max Seiler, Canalstr. 10, Bielefeld, 3. St. Berg, Postfach 27.

Wegen Erkrankung des jetzigen wird per sofort kinderloses christlich gütiges

Zweitmädchen oder einfaches Fräulein

gesucht. Platte, Barmen, Oberwacht 6.

Die Evangelisch-soziale Schule in Bethel b. Bielefeld

bildet Sekretäre für die christlichen Gewerkschaften aus. Sie übernimmt auch Anträge auf Anstellung in der Gewerkschaftsarbeit. Der Bedarf an Sekretären wächst täglich, Anmeldungen geeigneter Persönlichkeiten sind deshalb willkommen. Geeignet sind nur solche, welche wirklich Arbeiter gewesen sind und dann sich ausgebildet haben, sei es als Diakon, Gemeindeführer, Jugendpfleger, Missionsdiöner oder was es sei.

Der Leiter der Evangelisch-sozialen Schule D. Jaeger.

Was ist das Evangelium?

von Pastor S. Jaeger, Dozent an der Theologischen Schule zu Bethel.

Eleg. kartoniert, durchgeleitet. Statt 1,20 nur — 50.

„Es ist in unserer Zeit ein Buch, das die tiefste Wahrheit enthält, das die tiefste Wahrheit enthält, das die tiefste Wahrheit enthält.“

Bestellungen richte man freundlichst an das

Antiquariat der Kasse Bethel, Bethel bei Bielefeld.

Wer guten Verdienst

sucht, sende seine Adresse unter

H. S. an die Exp. d. Ztg.

Ein feiner Gedichtband für Frauen und junge Mädchen!

Wegblumen.

Gedichte von Luise Rolf.

8-7. Tausend.

Eleg. geb. mit farbiger Einbandzeichnung 4.— und 10% Teuerungszuschlag, Porto und Verpackung ausserdem.

Die Gedichte von Luise Rolf haben ja schon viele Freunde, wie die immer steigende Nachfrage nach ihren Publikationen beweist. Allen diesen wird es besonders willkommen sein, daß die Gedichte jetzt auch in einem hübschen Band vereinigt zu haben sind. Aber nicht nur an diese wendet sich das Buch, sondern an alle Freunde geistlicher Dichtung, denn die schlichte Frömmigkeit, die tiefen Töne und der dichterische Gehalt, sowie das fröhliche Göttervertrauen machen das Buch zu einem rechten deutschen Hausbuch. Viele schöne Bilder von Meta Voigt schmücken es. Die Ausstattung ist, trotz der jetzigen Schwierigkeiten, wirklich ganz reizend, so daß es eins der schönsten Geschenkwerke dieser Art ist.

Bestellungen richte man freundlichst an die Buchhandlung der Anstalt Bethel, Bethel bei Bielefeld.

Der Christlich-nationale Verein e. V. St. Bielefeld

bezieht die Förderung der Volkshilfe und der Wohlfahrt auf christlich-nationale Grundsätze. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete allerorts gemachten Erfahrungen sein, um dieselben zu fördern und zu veröffentlichen. Nähere Auskunft erteilt Emil Hartwig, Dozent an der Evangelisch-sozialen Schule in Bethel bei Bielefeld.

Es liegt in Ihrem Interesse

bei Bedarf von

weiblichem Haus- oder Küchenpersonal

im Aufwärts zu inserieren.